

KIELER KONJUNKTUR-BERICHTE

Weltwirtschaft im Winter 2024

Abgeschlossen am 12. Dezember 2024



Nr. 119 (2024 | Q4)

Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths, Wan-Hsin Liu, Jan Reents und Nils Sonnenberg



IM ZEICHEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHER UN-SICHERHEIT

Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths, Wan-Hsin Liu, Jan Reents und Nils Sonnenberg

Die Weltwirtschaft sieht sich in einer Phase ohnehin mäßiger Dynamik erhöhter wirtschaftspolitischer Unsicherheit gegenüber. Maßgeblich hierfür sind die Ankündigungen der kommenden US-Administration. Allerdings ist unklar, welche Maßnahmen tatsächlich ergriffen werden. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass zwar zusätzliche Zölle auf Einfuhren in die Vereinigten Staaten erhoben werden, diese aber nicht den Umfang annehmen werden, der zuweilen in Aussicht gestellt wurde. Auch nehmen wir an, dass der Rückgang der US-Notenbankzinsen nur gebremst wird, so dass die wirtschaftliche Aktivität auch unter der neuen Regierung weltweit allmählich Rückenwind von wieder günstigeren Finanzierungsbedingungen erhält. Bei diesen Rahmenbedingungen dürfte die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten weiter deutlich expandieren, während die konjunkturelle Dynamik in Europa zwar gering bleibt, aber doch allmählich an Fahrt gewinnt. Eine nachhaltige Belebung der Konjunktur in China ist indes angesichts der eingetrübten Perspektiven für die Exporte trotz der inzwischen deutlichen wirtschaftspolitischen Impulse weiter nicht in Sicht. Der Welthandel ist im bisherigen Verlauf des Jahres zwar wieder gestiegen, dürfte aber in der Zukunft durch die zu erwartenden handelspolitischen Spannungen spürbar gebremst werden. Alles in allem rechnen wir wie in unserer Septemberprognose für dieses Jahr mit einem Anstieg der Weltproduktion - gemessen auf Basis von Kaufkraftparitäten – von 3,2 Prozent. Für das nächste Jahr erwarten wir - ebenso unverändert - eine Expansion um 3,1 Prozent. Für 2026 haben sich die Aussichten eingetrübt. Wir haben unsere Prognose um 0,2 Prozentpunkte auf ebenfalls 3,1 Prozent reduziert. Der Rückgang der Inflation erfolgte zuletzt nur langsam, was vor allem dem hartnäckigen Anstieg der Preise für Dienstleistungen und dem ausbleibenden Absinken der Energiepreise im Vorjahresvergleich geschuldet ist. Der erwartete weitere Rückgang der Inflation in Richtung der Zielmarke von 2 Prozent dürfte sich nur langsam vollziehen, und es besteht ein Risiko,

dass die Geldpolitik länger restriktiv bleibt als derzeit erwartet. Darüber hinaus bestehen weiterhin große Risiken für die Weltkonjunktur durch eine mögliche Zuspitzung geopolitischer Konflikte. Auch die Handelskonflikte könnten weiter eskalieren, sie könnten aber auch geringer ausfallen als unterstellt.

Die Weltkonjunktur expandierte zuletzt weiter in sehr moderatem Tempo. Nachdem die Weltwirtschaft im Frühjahr an Fahrt verloren hatte, legte die globale Wirtschaftsleistung im dritten Quartal nur wenig stärker zu (Abbildung 1). Während die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten unverändert kräftig expandierte, nahm die Produktion in den übrigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften kaum zu. Auch in China blieb die Expansion verhalten. Die Stimmung der



Quartalsdaten; saisonbereinigt; Weltwirtschaftsklima berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlands-produkt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder, gewichtet nach Kaufkraftparität.

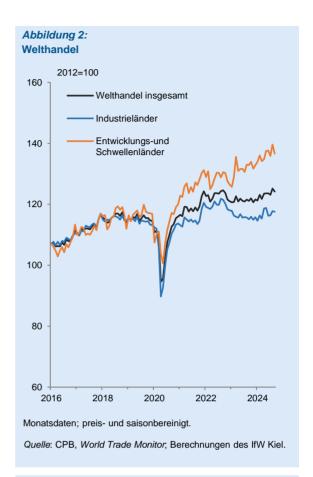
Quelle: OECD, Main Economic Indicators; nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

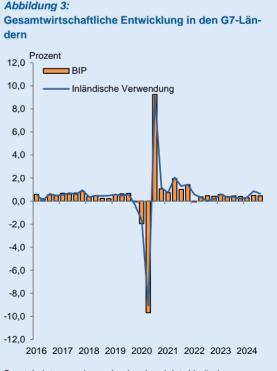


Unternehmen, die sich nach der Jahreswende merklich aufgehellt hatte, trübte sich im Sommerhalbjahr wieder etwas ein. Auch für das vierte Quartal 2024 deutet der vom IfW Kiel auf der Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern berechnete Indikator für das globale Wirtschaftsklima auf eine nur mäßige Produktionsausweitung hin.

Industrieproduktion und Warenhandel sind auf einem flachen Anstiegspfad. Die weltwirtschaftliche Expansion wird nach wie vor von den Dienstleistungen getragen. Nachdem sich die globale Industrieproduktion im ersten Halbjahr spürbar belebt hatte, verlor sie zuletzt wieder an Fahrt. Der globale Einkaufsmanagerindex (PMI) für das Verarbeitende Gewerbe rutschte kurzzeitig sogar in den kontraktiven Bereich und lag zuletzt nur knapp über der Expansionsschwelle von 50. Auch der weltweite Warenhandel, der im Frühjahr noch merklich angezogen hatte, war in den Sommermonaten in der Tendenz nur schwach aufwärtsgerichtet (Abbildung 2). Der PMI für die Auftragseingänge aus dem Ausland verbesserte sich zwar zuletzt, lag im November aber immer noch - den sechsten Monat in Folge - unter 50. Vor diesem Hintergrund haben sich die Frachtraten nach starken Anstiegen im ersten Halbjahr wieder deutlich verringert. Neben der Belebung im Handel war hierfür die zusätzliche Beanspruchung der Frachtkapazitäten verantwortlich gewesen, da anstelle der Passage durch den Suezkanal große Umwege in Kauf genommen wurden, um das seit November 2023 bestehende Risiko von Attacken durch jemenitische Rebellen zu vermeiden. Wohl vor allem deshalb sind die Frachtraten ausweislich des Drewry World Container Index derzeit immer noch mehr als doppelt so hoch wie vor einem Jahr.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ließ die Dynamik insgesamt etwas nach. Im dritten Quartal nahm das Bruttoinlandsprodukt in der Gruppe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften in etwas verringertem Tempo zu (Abbildung 3). Dabei setzte sich die kräftige Expansion in den Vereinigten Staaten in nahezu unverändertem Tempo fort (+0,7 Prozent); sowohl privater Verbrauch als auch Unternehmensinvestitionen legten dort deutlich zu. Gleichzeitig blieb die Konjunktur im Euroraum verhalten. Dass sich die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts dort





Quartalsdaten; preis- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal; G7: Vereinigte Staaten, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich.

 $\mbox{\it Quelle:}$ OECD, $\mbox{\it Main Economic Indicators};$ Berechnungen des lfW Kiel.

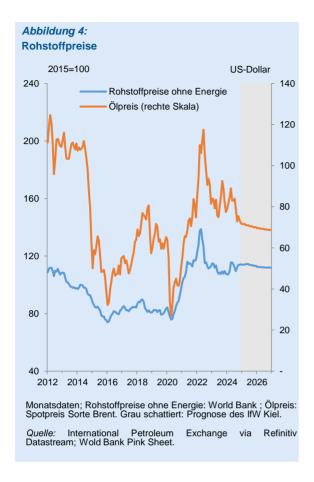


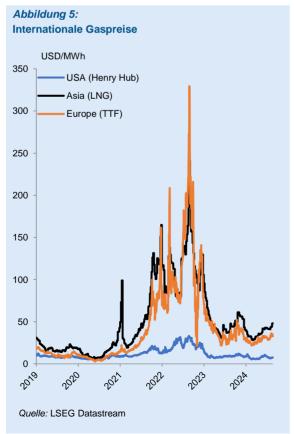
auf 0,4 Prozent erhöhte, lag nicht zuletzt an Sonderentwicklungen (in Irland im Zusammenhang mit den Aktivitäten von multinationalen Unternehmen, in Frankreich im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen), welche die zugrundeliegende Dynamik überzeichnen. Im Vereinigten Königreich erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion nach kräftigen Zuwächsen im ersten Halbjahr kaum noch, hauptsächlich aufgrund einer nur noch schwachen Expansion des Dienstleistungssektors. Auch in Japan legte die Wirtschaft deutlich langsamer zu als im Vorquartal, in dem sich die private Nachfrage von einem temporären Einbruch erholt hatte. Insgesamt ist der Unterschied in der wirtschaftlichen Dynamik zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach wie vor groß. Angesichts der vielerorts insgesamt niedrigen Arbeitslosigkeit dürfte dies indes nicht zuerst konjunkturelle Gründe haben, sondern vor allem auf ein beträchtliches Gefälle im Wachstum des Produktionspotenzials zurückzuführen sein.

In den Schwellenländern blieb die Entwicklung uneinheitlich. Nachdem sich der Produktionsanstieg in den Schwellenländern insgesamt vor allem aufgrund der Schwäche in China spürbar verlangsamt hatte, expandierte die Produktion im dritten Quartal wohl in etwa unverändertem Tempo. Die chinesische Wirtschaft gewann leicht an Fahrt, legte aber mit weniger als 1 Prozent gegenüber dem Vorguartal erneut deutlich langsamer zu als im Trend. Der Produktionsanstieg in Südostasien verlangsamte sich etwas; die seit rund zwei Jahren sehr kräftige Expansion in Indien schwächte sich sogar recht deutlich ab. Hier machte sich zum einen das offenkundige Ende des postpandemischen Aufschwungs bemerkbar, zum anderen wurde der private Konsum durch wieder stärker steigende Verbraucherpreise gedämpft. Spürbar beschleunigte sich hingegen der Produktionsanstieg in Lateinamerika, wo die Wirtschaft im dritten Quartal fast überall kräftig zulegte. Während sich in Brasilien die schwungvolle Expansion fortsetzte im Vergleich zum Vorjahr wurde im dritten Quartal ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 4 Prozent verzeichnet -, legte zuletzt auch in Mexiko die gesamtwirtschaftliche Leistung deutlich zu, die im Sommerhalbjahr nahezu stagniert hatte. In Argentinien scheint die tiefe Rezession überwunden. Daten für das dritte Quartal liegen zwar noch nicht vor, doch sprechen die Indikatoren für Produktion und Nachfrage dafür, dass die Wirtschaft nach drei Quartalen mit starken Rückgängen seit dem Frühjahr deutlich aufwärtsgerichtet ist. Schließlich hat sich der Aufschwung bei der Produktion in Russland weiter abgeschwächt; die vom russischen Statistikamt gemeldete Zuwachsrate von 3,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ist zu großen Teilen Resultat der Produktionsanstiege in den Quartalen zuvor.

Der Ölpreis steht angesichts geringer Nachfragezuwächse unter Druck. Seit dem Frühjahr 2024 ist der Ölpreis in der Grundtendenz abwärtsgerichtet. Zwar keimten angesichts geopolitischer Spannungen immer wieder Sorgen um die Versorgungssicherheit auf, die zu temporären Preisanstiegen führten, doch lag der Preis für ein Barrel Öl der Sorte Brent Anfang Dezember mit wenig mehr als 70 US-Dollar um 20 Dollar niedriger als im April. Hintergrund ist ein deutlich verlangsamter Anstieg der Ölnachfrage, während sich die Aussichten für das Angebot eher verbessert haben, auch weil mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten die Erwartung einer stärkeren Ausweitung der US-Produktion verbunden ist. Die zusätzliche Produktion aus den nicht in der Gruppe der OPEC+ zusammengeschlossenen ölproduzierenden Ländern übersteigt bereits derzeit den Zuwachs der globalen Nachfrage. Obwohl die Lockerung der im Jahr 2020 zur Preisstützung eingeführten Förderbegrenzungen für die OPEC-Mitglieder immer wieder verschoben wird, ist der Ölmarkt daher absehbar reichlich versorgt. Ein wesentlicher Grund für den verhaltenen Nachfrageanstieg ist eine nur noch wenig steigende Nachfrage aus China, die nicht nur konjunkturell bedingt ist, sondern auch den rasch fortschreitenden Umstieg auf Elektromobilität reflektiert. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für den Prognosezeitraum im Einklang mit den Finanzmärkten mit allmählich weiter sinkenden Notierungen (Abbildung 4). Der Gaspreis stieg hingegen in den vergangenen Monaten ausgehend von den im März verzeichneten sehr niedrigen Niveaus spürbar (Abbildung 5). Eher aufwärts gerichtet waren zuletzt auch die Preise für nichtenergetische Rohstoffe. Vor allem die Preise für einige Nahrungsmittel zogen an, während die Metallpreise





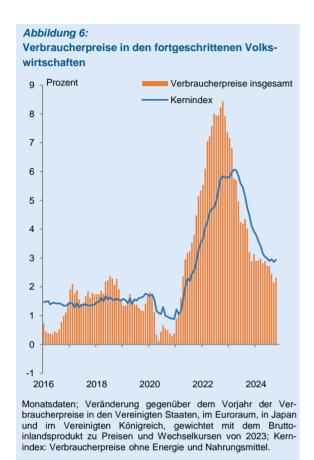


angesichts der geringen Dynamik in der Industrie keine klare Tendenz aufwiesen.

Der Rückgang der Inflation stockt. Der Preisauftrieb hat im Verlauf dieses Jahres insgesamt zwar noch nachgelassen. In den G7-Ländern sank die Inflationsrate seit Ende 2023 von rund 3 Prozent auf 2,3 Prozent im Oktober (Abbildung 6). Der Rückgang ist seit einigen Monaten aber nur noch der Energiekomponente geschuldet. Die Kernrate (Verbraucherpreise ohne Energie und Lebensmittel), die bis Mitte des Jahres stetig gesunken war, verharrt seither bei 2,9 Prozent. Besonders hoch und hartnäckig ist der Anstieg der Preise für Dienstleistungen, während die Preise für industrielle Waren zuletzt in den meisten Ländern allenfalls schwach zunahmen.

Zusätzliche handelsbehindernde Maßnahmen sind wahrscheinlich. Bereits im Jahr 2024 verschärften sich globale handelspolitische Konflikte. So beschloss die US-Regierung verschiedene Maßnahmen, um den technologischen Aufholprozess Chinas in strategisch wichtigen Sektoren zu bremsen und den Vorsprung im Hochtechnologiebereich zu sichern. Hierauf reagierte die chinesische Regierung zuletzt mit einer Beschränkung der Lieferungen kritischer Rohstoffe in die Vereinigten Staaten. Gleichzeitig führten Subventionen, Kreditlenkung und andere Anreize in China in den vergangenen Jahren zum Aufbau von Überkapazitäten in einer Reihe als strategisch wichtig erachteter Industriezweige mit der Folge eines verstärkten Exportdrucks in die Weltmärkte. Daraufhin beschlossen im Laufe des Jahres 2024 zunächst die Vereinigten Staaten, danach die Europäische Union und zuletzt Kanada hohe Zölle auf Elektroautos, zum Teil auch andere Güter wie Solarpaneele und Stahl, um eine unfaire Verdrängung der heimischen Produktion zu verhindern. Die wirtschaftspolitische Programmatik des designierten US-Präsidenten Trump lässt nun die Einführung von Zöllen auf breiter Front erwarten, die einerseits industrielle Produktion in die Vereinigten Staaten ziehen und andererseits Einnahmen für den Staatshaushalt generieren sollen, um Steuersenkungen zu finanzieren.





Für die Prognose sind zusätzliche allgemeine Einfuhrzölle der Vereinigten Staaten in Höhe von 5 Prozent und ein Zusatzzoll in Höhe von 30 Prozent auf Einfuhren aus China unterstellt. Zwar ist die neue Administration noch nicht im Amt und dementsprechend noch keine rechtsgültigen Beschlüsse gefasst, doch erscheint es uns angesichts der im Wahlkampf vertretenen hohen Präferenz Donald Trumps für Zölle nicht ratsam, für die Prognose die in solchen Fällen sonst übliche "no policy change"-Annahme zu treffen. Vielfach zitiert wurde in den vergangenen Monaten der Plan Trumps, einen allgemeinen Zusatzzoll auf alle Einfuhren von 10 Prozent und auf Einfuhren aus China von 60 Prozent zu erheben.1 Wir erwarten zwar nicht, dass diese Maßnahme vollumfänglich umgesetzt wird – zu stark wären wohl die negativen Effekte auf die US-Wirtschaft -, halten es jedoch gleichzeitig auch für unwahrscheinlich, dass die neue Administration vollständig auf zusätzliche Die Zusatzzölle bremsen Handel und Produktion weltweit, aber besonders in China - und in den Vereinigten Staaten. Bei Zusatzzöllen der genannten Größenordnung durch ein großes Land wie die Vereinigten Staaten sind spürbare Effekte auf Handel und Produktion weltweit zu erwarten. Für die Quantifizierung in unserer Prognose stützen wir uns auf Simulationen mit Hilfe eines disaggregierten Handelsmodells (Felbermayr et al., 2024).2 Demnach ergeben sich aufgrund des sehr hohen Zollsatzes besonders starke Auswirkungen auf Exporte und Produktion für China, aber auch für die Vereinigten Staaten selbst, da Einfuhrzölle auf ausländische Güter auch die relativen Preise der Exporte beeinflussen und damit ähnliche Effekte haben wie eine Besteuerung von Exporten. Deutlich geringer sind demgegenüber die Auswirkungen auf die europäischen Länder.

Die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird weiter gelockert. Die im Sommer 2024 in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften eingeleiteten Zinssenkungen wurden im Herbst fortgesetzt. Die Federal Reserve reduzierte das Leitzinsband nach dem überraschend großen ersten Schritt im September zuletzt im November auf 4,5 bis 4,75 Prozent. Wir rechnen mit weiteren kleinen Zinsschritten – der nächste wohl schon im Dezember -um insgesamt 75 Basispunkte bis zum Sommer des kommenden Jahres (Abbildung 7). Noch stärker dürfte die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins (Einlagenfazilität) senken, der mit einem dritten Schritt im Oktober bereits um 75 Basispunkte reduziert wurde. Für Dezember erwarten wir eine weitere Reduktion auf 3.0 Prozent; auch danach dürfte der Leitzins in jeder Sitzung um 25 Basispunkte gesenkt werden, bis er im Juni 2025 bei 2 Prozent liegt, womit die Geldpolitik eine weitgehend neutrale

Zölle verzichtet. Für die Prognose unterstellen wir daher, dass Zölle im Umfang der Hälfte des annoncierten Ausmaßes erhöht werden, sei es als allgemeiner Zoll oder in Form – dann sogar höherer – Zollsätze auf bestimmte Gütergruppen. Zudem unterstellen wir, dass auf die USZölle nur begrenzt mit Gegenzöllen reagiert wird.

¹ Gelegentlich wurden auch höhere Zollsätze in den Raum gestellt.

² Die Simulationen erfolgen mit dem Kiel International Trade Evaluation (KITE)-Modell. Simuliert wurden

⁽unter anderem) Zusatzzölle von 10 bzw. 60 Prozent mit und ohne Retaliation. Die Ergebnisse wurden auf die hier unterstellten niedrigeren Zollsätze adaptiert.





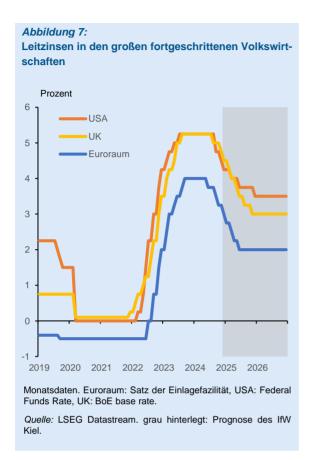


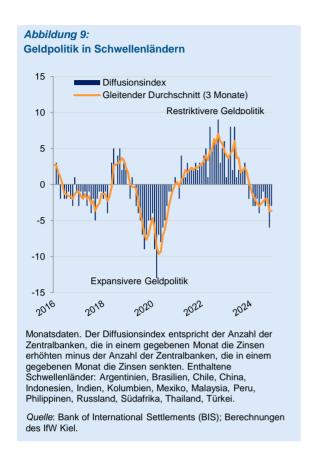
Abbildung 8: Nominale effektive Wechselkurse Index (2022=100) 120 USA IJK Japan **Furoraum** China 110 100 90 80 70 60 2022 2023 2024 Monatsdaten. Quelle: JP Morgan, Thomson Reuters Datastream.

Ausrichtung erreicht hätte. Die Bank von England folgt – auf etwas höherem Niveau – einem ähnlichen Pfad; der Leitzins wird im Vereinigten Königreich voraussichtlich ab Herbst 2025 bei 3,0 Prozent liegen. Für Japan, wo die Notenbankzinsen im Jahr 2024 leicht über Null angehoben wurden, ist hingegen eine weitere Straffung der Geldpolitik zu erwarten, die aber wohl nur leicht ausfällt, da sich die Inflation inzwischen deutlich verringert und der Zielmarke von 2 Prozent angenähert hat.

Der US-Dollar hat angesichts des gestiegenen Zinsdifferenzials zwischen den Vereinigten Staaten und Europa aufgewertet. Seit dem September haben sich die Erwartungen an den Finanzmärkten über die Leitzinsen deutlich verändert, wozu die erwarteten Politikänderungen durch die neue US-Administration wohl beigetragen haben. Während in den USA für die kommenden zwei Jahre angesichts gestiegener Inflationsrisiken nun geringere Zinssenkungen erwartet werden, gehen die Finanzmärkte für den Euroraum vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur von schnelleren Zinssenkungen und einem niedrigeren Endniveau aus. Damit einher ging eine Abwertung des Euro von 1,12 US-Dollar Anfang Oktober auf 1,05 US-Dollar je Euro Anfang Dezember. Das britische Pfund und der japanische Yen verloren in ähnlichem Umfang an Wert. Der nominale effektive Wechselkurs des Dollar stieg insgesamt um rund 5 Prozent (Abbildung 8). In dem Maße, wie die Reaktionen an den Devisenmärkten mit der angekündigten Zollpolitik verbunden sind – etwa weil infolge der Inflationseffekte ein vergleichsweise strafferer Kurs der Geldpolitik erwartet wird -, dämpft dies die mit der reinen Zollerhebung verbundenen Handelseffekte.

In den Schwellenländern läuft der Zinssenkungszyklus allmählich aus. Die Lockerung der Geldpolitik – ebenso wie die Straffung zuvor – hat in den Schwellenländern insgesamt früher begonnen als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Zwar überwogen bis zuletzt Zinssenkungen (Abbildung 9). So wurden im November die Leitzinsen in Mexiko, Südafrika und Argentinien nochmals reduziert. Doch gibt es inzwischen vermehrt auch Länder, die ihre Zinsen wieder erhöhten. Neben Russland, wo die Notenbank bereits seit Juli die Zinsen kräftig angehoben hat, um der anziehenden Inflation und





dem zunehmendem Abwertungsdruck auf den Rubel zu begegnen, straffte auch die Zentralbank Brasiliens ihre Politik angesichts kräftiger Konjunktur und steigender Inflationsraten in den vergangenen drei Monaten.

Die Finanzpolitik bremst kaum, Haushaltskonsolidierung lässt auf sich warten. In den vergangenen Jahren wirkte die Finanzpolitik expansiv, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und die Auswirkungen gestiegener Energiepreise zu dämpfen. Vielfach wurden auch Programme mit industriepolitischer Zielsetzung, zur Förderung der Infrastruktur und zum Ausbau erneuerbarer Energien implementiert. Mit Auslaufen der Krisenmaßnahmen reduzierten sich die Budgetdefizite vielfach; sie blieben aber zumeist deutlich über den vor den Krisen verzeichneten Niveaus und stiegen zum Teil zuletzt sogar wieder - etwa in den Vereinigten Staaten und in Frankreich. Angesichts der im Zuge der Krisen angeschwollenen Staatsverschuldung und des höheren Niveaus der Kapitalmarktzinsen wäre eine deutliche Haushaltskonsolidierung erforderlich, um die derzeitige Phase der konjunkturellen Normalität dazu zu nutzen, der höheren Belastung der Staatshaushalte durch den Schuldendienst zu begegnen und fiskalische Spielräume für den Fall neuerlicher Krisen wiederzugewinnen (OECD, 2024; IMF, 2024). Ausgeprägte Anstrengungen zur Reduktion der vielerorts immer noch hohen strukturellen Defizite sind indes nicht erkennbar. Im Gegenteil: So wurden in Japan zuletzt wieder Konjunkturprogramme aufgelegt, um die Nachfrage zu stützen, und im Vereinigten Königreich expansive Maßnahmen beschlossen, die auf eine Stärkung der öffentlichen Infrastruktur zielen, wenngleich hier die Finanzpolitik wohl in summa noch leicht restriktiv ausfallen wird. Für die Vereinigten Staaten lassen die Steuersenkungspläne des neuen Präsidenten sogar eine expansive Finanzpolitik erwarten. Vor allem in der EU wird politischer Druck auf eine Konsolidierung durch Fiskalregeln ausgeübt. So wurde im Rahmen der EU-Haushaltsüberwachung für sieben Länder ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits eingeleitet, das eine Reduktion der Fehlbeträge gemäß den in veränderter Form wieder in Kraft gesetzten Fiskalregeln bewirken soll. Alles in allem rechnen wir für 2025 und 2026 insgesamt mit allenfalls leicht bremsenden Wirkungen der Finanzpolitik.

Ausblick: Aufschwung der Weltwirtschaft lässt noch auf sich warten

Wirtschaftspolitische Unsicherheit und strukturelle Probleme stehen einer deutlichen Verstärkung der weltwirtschaftlichen Expansion entgegen. Auftriebskräfte für die Konjunktur sind zwar vorhanden. Die Geldpolitik bremst immer weniger und dürfte im Verlauf des kommenden Jahres auf einen neutralen Kurs einschwenken. Die Perspektiven für den privaten Konsum haben sich verbessert, denn die Reallöhne sinken dank nachlassender Inflation und höherer Lohnsteigerungen seit einiger Zeit nicht mehr und haben das Niveau von vor dem Inflationsschub in den meisten Ländern wieder überschritten, oft sogar deutlich. Dies geht aber zum Teil zu Lasten der Gewinnspannen der Unternehmen, dämpft die Investitionen und kann zu geringerer Beschäftigung führen. Belastend wirkt zurzeit zudem die hohe Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik in den Vereinigten Staaten. Insbesondere die Einführung hoher Schutzzölle bedroht die weltwirtschaftliche Dynamik. Besonders betroffen wäre wohl China, das in den



vergangenen beiden Jahrzehnten häufig Zugpferd der Weltkonjunktur war und derzeit mit ungelösten strukturellen Problemen ringt. Da handelspolitische Barrieren eine Expansion über die Exporte erschweren, ist ein nachhaltiger Aufschwung dort nicht in Sicht. Die europäische Wirtschaft leidet ebenfalls unter strukturellen Problemen, die sich in ausgesprochen niedrigen Produktivitätszuwächsen niederschlagen.

Die Weltkonjunktur verliert im Prognosezeitraum eher an Dynamik. Für das laufende Jahr rechnen wir mit einer Zunahme der Weltproduktion um 3,2 Prozent; dies ist etwas weniger als im vergangenen Jahr (Tabelle 1). Für die Jahre 2025 und 2026 erwarten wir einen Zuwachs um lediglich 3,1 Prozent. Damit haben wir unsere Prognose für das kommende Jahr unverändert gelassen und jene für das Jahr 2026 um 0,2 Prozentpunkte reduziert (Gern et al., 2024). Auf der Basis von Marktwechselkursen ergeben sich Veränderungsraten der globalen Produktion von 2,8 Prozent in diesem und 2,7 Prozent im nächsten Jahr sowie 2,6 Prozent im Jahr 2026. Der weltweite Warenhandel, der im Jahr 2023 um 1,3 Prozent schrumpfte, dürfte in diesem Jahr um 1,8 Prozent steigen. Für die Jahre 2025 und 2026 haben wir unsere Erwartungen angesichts der unterstellten handelspolitischen Maßnahmen deutlich reduziert und gehen nun Anstiegen um 1,7 Prozent bzw. 1,2 Prozent aus.

Die Expansion der US-Wirtschaft verlangsamt sich. Bis zuletzt legte das Bruttoinlandsprodukt vor allem aufgrund einer deutlichen Ausweitung des privaten Konsums kräftig zu. Aktuelle Indikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur auch im vierten Quartal aufwärtsgerichtet blieb. Für den weiteren Prognosezeitraum haben sich die Aussichten für den Konsum dadurch verbessert, dass sich die Einkommensentwicklung der letzten Jahre nach einer umfangreichen Datenrevision nun deutlich besser darstellt als zuvor und die Ersparnis der privaten Haushalte nach der Revision wesentlich höher war als nach bisherigem Stand, so dass wir nicht mehr mit einer spürbaren Erhöhung der Sparquote rechnen. Nach der Wahl von Donald Trump ist mit erheblichen Veränderungen in der Wirtschaftspolitik zu rechnen. Während die Finanzpolitik expansiver ausgerichtet sein wird als bisher unterstellt, werden Maßnahmen zur Eindämmung irregulärer Migration und zusätzliche Einfuhrzölle das Wachstum des Produktionspotenzials bremsen. In der Folge dürfte sich die Inflation nur langsam dem Ziel der Notenbank annähern und die Geldpolitik weniger gelockert werden als bisher angenommen. Umfang und zeitliche Umsetzung der Maßnahmen der kommenden US-Regierung - und damit auch die Wirkungen auf die Konjunktur – sind zum jetzigen Zeitpunkt jedoch

Tabelle 1:

Rruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

DIULLOII	Bruttomandsprodukt und Verbraucherpreise in der Weit									
		Gewicht	Bri	uttoinlar	ndsprod	ukt	Verbraucherpreise			
			2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Weltwirts	schaft	100	3,3	3,2	3,1	3,1	7,7	6,9	4,7	3,9
darunter										
Fortgeso	hrittene Länder	59,3	1,8	1,8	1,8	1,6	4,8	2,7	2,2	2,2
China		18,4	5,6	4,9	4,4	4,0	0,2	0,3	0,2	0,2
Lateinan	nerika	4,8	2,2	1,8	2,5	2,1	23,9	28,1	9,5	6,6
Indien		7,3	7,7	6,7	6,3	6,9	5,3	5,1	4,9	4,5
Ostasier		5,0	3,4	4,0	3,9	3,8	3,5	2,5	2,4	2,4
Russland	d	2,9	3,6	3,9	1,5	1,0	5,9	7,9	8,0	7,0
Afrika		2,4	3,1	3,3	3,7	3,8	15,4	16,8	16,3	13,6
Nachrich										
	delsvolumen (Waren)		-1,3	1,8	1,7	1,2				
	schaft (gewichtet gemäß									
	andsprodukt im Jahr 2022		2,9	2,8	2,7	2,6	6,2	5,2	3,4	3,0
in US-Do	ollar)									

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 nach Kaufkraftparität. — Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise: Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Ostasiatische Schwellenländer: Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen; Fortgeschrittene Länder: Die Werte stimmen nicht notwendigerweise mit denen in Tabelle 3 überein, da der Länderkreis hier breiter gefasst ist und ein anderes Konzept bei der Gewichtung verwandt wird.

Quelle: IMF, International Financial Statistics; OECD, Main Economic Indicators; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel



Tabelle 2:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

Gewicht		Bru	ıttoinlar	ndsproc	lukt	Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Europäische Union	40,2	0,5	0,9	1,2	1,4	6,1	2,6	2,6	2,3	6,0	6,0	5,8	5,7
Euroraum	34,0	0,5	0,8	0,9	1,1	5,4	2,3	2,3	2,1	6,6	6,4	6,3	6,1
Schweden	0,9	0,0	0,6	1,3	1,5	5,9	2,0	1,6	2,0	7,7	8,4	8,1	7,5
Polen	2,2	0,1	2,4	3,4	3,5	10,9	3,7	4,7	3,0	2,8	3,0	2,9	2,7
Vereinigtes Königreich	5,1	0,3	0,9	1,4	1,4	7,3	2,6	2,2	2,0	3,7	4,1	4,0	3,9
Schweiz	1,0	0,7	1,4	1,5	1,5	2,1	1,4	1,0	1,0	4,3	4,0	4,1	4,0
Norwegen	0,6	0,7	2,4	2,3	2,0	5,5	3,4	2,7	2,5	3,4	4,0	4,1	4,0
Vereinigte Staaten	35,3	2,9	2,8	2,4	1,7	4,1	2,9	2,2	2,3	3,6	4,0	4,2	4,1
Kanada	3,1	1,5	1,3	1,8	1,7	3,9	2,4	2,2	2,3	5,4	6,4	7,0	6,8
Japan	8,5	1,5	-0,2	1,1	0,7	3,3	2,5	1,9	2,0	2,6	2,5	2,4	2,4
Südkorea	3,8	1,4	2,2	1,9	2,4	3,6	2,3	1,9	2,1	2,8	2,7	2,7	2,6
Australien	2,3	2,1	1,0	2,0	2,5	5,6	3,2	2,4	2,5	3,7	4,1	4,1	4,0
Aufgeführte Länder	100,0	1,5	1,6	1,7	1,5	5,0	2,7	2,3	2,2	4,5	4,7	4,7	4,6

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 in US-Dollar. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2023.

Quelle: Eurostat, VGR; OECD, Main Economic Indicators; IMF World Economic Outlook Database; Statistics Canada, Canadian Economic Account; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

noch nicht bekannt. Bei unseren Annahmen erwarten wir für die Jahre 2025 und 2026 Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 2,4 Prozent bzw.1,7 Prozent, nach einem Anstieg um 2,8 Prozent in diesem Jahr (Tabelle 2). Die Arbeitslosenquote dürfte im Prognosezeitraum leicht auf 4,3 Prozent steigen, während die Inflationsrate im Prognosezeitraum mit 2,2 bzw. 2,3 Prozent etwas oberhalb des Ziels der Notenbank verharren wird.

Die japanische Wirtschaft gewinnt vorübergehend an Fahrt. Im Jahr 2024 dürfte das Bruttoinlandsprodukt trotz einer Belebung im Verlauf leicht – um 0,2 Prozent – geschrumpft sein. Maßgeblich war ein Rückgang des privaten Konsums, der lange unter rückläufigen Realeinkommen litt. Seit dem Sommer 2024 sind die Reallöhne nun aber aufwärtsgerichtet. Unterstützt werden die Kaufkraftgewinne im kommenden Jahr durch die Wiedereinführung von Subventionen für Gas und Elektrizität und die Verlängerung des Benzinpreisdeckels, die ebenso Teil des im Herbst beschlossenen Konjunkturprogramms sind wie zusätzliche Zahlungen an Haushalte mit niedrigen Einkommen. Zu dem Programm gehören darüber hinaus beträchtliche Mittel zur Förderung von Chip- und KI-Industrie. Anregend wirkt darüber hinaus die niedrige Bewertung des Yen. Die massive Abwertung in den vergangenen Jahren - nominal effektiv betrug sie seit 2021 rund 25 Prozent, im Vergleich zum US-Dollar sogar 40 Prozent – hat die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Produkte im Ausland erhöht, die Profitabilität der Exportunternehmen gesteigert und Japan als Reiseland attraktiv gemacht. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für die kommenden Monate mit einer Kräftigung der Konjunktur in Japan. Mit Auslaufen der wirtschaftspolitischen Impulse wird sich das Expansionstempo im Jahr 2026 dann aber wohl wieder verringern. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts dürfte dann mit 0,7 Prozent etwa der Wachstumsrate des Produktionspotenzials entsprechen, während er im Jahr 2025 mit 1,1 Prozent voraussichtlich merklich darüber liegen wird.

Die Konjunktur im Euroraum bleibt verhalten.

Nach dem recht kräftigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,4 Prozent im dritten Quartal dürfte sich die wirtschaftliche Expansion im Euroraum gegen Jahresende wieder verlangsamt haben. Dies liegt nicht nur am Fortfall der temporären Faktoren, die im dritten Quartal die gesamtwirtschaftliche Produktion erhöht haben. Auch die laufenden Indikatoren wie Industrieproduktion und Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern deuten auf eine wieder langsamere Gangart der Konjunktur hin. Für den weiteren Prognosezeitraum rechnen mit einer ebenfalls nur schwachen konjunkturellen Dynamik. Zwar dürfte der private Konsum dank steigender Reallöhne aufwärtsgerichtet bleiben, und die



erwartete Lockerung der Geldpolitik wird die Finanzierungsbedingungen verbessern. Bremsend wirken allerdings die anhaltende Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe, die auch strukturell bedingt ist, der Fortfall von fiskalischen Impulsen sowie eine Vielzahl an wirtschaftspolitischen Unsicherheiten. Hierzu zählen insbesondere auch Risiken für den Außenhandel. So werden gemäß unseren Annahmen neue Zölle in den Vereinigten Staaten die Exporte erschweren, und das Risiko von Handelskonflikten mit China dürfte steigen. Der mögliche Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Lateinamerika (Mercosur) kann hier wohl nur ein unvollkommenes Gegengewicht bilden. Schwierige Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten einiger europäischer Länder tragen ebenfalls zu Unsicherheiten über die zukünftige Wirtschaftspolitik bei. Die Anforderungen der europäischen Fiskalregeln und die offensichtliche Notwendigkeit, die Neuverschuldung zu reduzieren, um dem Anstieg der Schuldenlast für die öffentlichen Haushalte zu begegnen, lassen insgesamt eine restriktive Finanzpolitik erwarten. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für den Euroraum insgesamt mit einer kaum anziehenden Konjunktur. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts dürfte sich im Prognosezeitraum nur leicht von 0,8 Prozent im Jahr 2024 auf 0,9 Prozent bzw. 1,1 Prozent in den Jahren 2025 und 2026 erhöhen (Tabelle 3). Etwas höher in den Raten, aber im Verlauf ähnlich verhalten, ist das Bild für den Euroraum ohne Deutschland. Hier bremst insbesondere die Entwicklung in Frankreich, wo sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts vor dem Hintergrund politischer Unsicherheit und einer wohl unabweisbaren fiskalischen Restriktion sogar merklich abschwächen dürfte. Auch für Spanien ist ein niedrigeres Expansionstempo als im zu Ende gehenden Jahr zu erwarten, weil die Regierung fiskalisch bremst und sich die zuletzt hohen Zuwächse im Tourismus wohl verringern werden (Tabelle 4). Der Arbeitsmarkt im Euroraum zeigt sich bei alledem bisher widerstandsfähig. Die Arbeitslosenguote ging bis zuletzt zurück und lag im Oktober mit 6,3 Prozent auf historisch niedrigem Niveau. Wir erwarten, dass sie im Prognosezeitraum auf 6,1 Prozent zurückgehen wird. Die Inflation dürfte sich angesichts der schwachen Konjunktur allmählich zurückbilden und im Jahr 2026 mit 2,1 Prozent annähernd zielgerecht sein.

Tabelle 3: Eckdaten zur Konjunktur im Euroraum

	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,8	0,9	1,1
Inländische Verwendung	0,3	0,3	1,4	1,2
Private Konsumausgaben	1,6	2,2	1,0	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,9	0,8	0,7
Anlageinvestitionen	1,8	-2,1	1,7	2,1
Vorratsveränderungen	-0,8	-0,2	0,3	0,1
Außenbeitrag	0,3	0,5	-0,3	0,0
Exporte	-0,5	1,0	1,2	2,1
Importe	-1,2	0,1	2,1	2,3
Verbraucherpreise	5,4	2,3	2,3	2,1
Arbeitslosenquote	6,1	6,0	6,0	5,8
Leistungsbilanzsaldo	1,0	3,9	3,6	3,6
Budgetsaldo	-3,6	-3,1	-3,0	-2,9

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Konjunktur im Vereinigten Königreich erholt sich weiter, bei nachlassendem Gegenwind von der Wirtschaftspolitik. Die geringe Expansion des Bruttoinlandsprodukts Schlussquartal 2024 spiegelt nicht die konjunkturelle Grundtendenz wider. Der private Konsum blieb gestützt von deutlichen Reallohnzuwächsen aufwärtsgerichtet, und auch der deutliche Anstieg der Unternehmensinvestitionen setzte sich fort. Im Prognosezeitraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter in moderatem Tempo zunehmen. Anregend wirkt, dass die Bank von England voraussichtlich weiter die Bremsen lösen wird, wenngleich wohl nur allmählich. Denn der Inflationsdruck im Inland ist trotz der gegenwärtig annähernd zielgerechten Gesamtinflationsrate immer noch beträchtlich. So steigen die Dienstleistungspreise nach wie vor um mehr als 5 Prozent. Die Finanzpolitik ist zwar immer noch leicht restriktiv ausgerichtet, gibt aber durch eine deutliche Ausweitung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur auch Impulse für die wirtschaftliche Aktivität. Alles in allem rechnen wir mit einer allmählichen Beschleunigung des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 0,9 Prozent in diesem Jahr auf jeweils 1,4 Prozent in den nächsten beiden Jahren.



Tabelle 4:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenguote in den EU-Ländern

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern													
	Gewicht		ıttoinlar	dsprod	ukt	V	erbrauc	herpreis	se	Α	rbeitslo	senquot	e
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Deutschland	24,2	-0,1	-0,2	0,1	0,7	5,9	2,3	2,2	2,0	3,0	3,4	3,7	3,8
Frankreich	16,6	1,1	1,1	0,7	0,8	5,7	2,3	2,3	2,2	7,3	7,5	7,7	7,8
Italien	12,3	0,8	0,5	0,8	0,9	5,9	1,1	2,1	2,2	7,7	6,5	6,0	6,0
Spanien	8,6	2,7	3,1	2,0	1,8	3,4	2,8	2,3	2,2	12,2	11,5	10,5	9,5
Niederlande	6,1	0,1	0,9	1,4	1,1	4,1	3,1	2,4	2,0	3,5	3,6	3,6	3,5
Belgien	3,4	1,3	1,0	0,8	1,1	2,3	4,3	2,9	2,1	5,5	5,7	5,7	5,6
Österreich	2,8	-0,8	-0,9	0,7	1,2	7,7	2,9	2,3	2,0	5,1	5,2	5,5	5,3
Irland	3,0	-5,7	0,4	3,1	3,2	5,2	1,2	2,1	2,0	4,3	4,3	4,3	4,3
Finnland	1,6	-1,2	-0,3	1,3	1,3	4,3	0,9	2,0	2,1	7,2	8,4	8,6	8,0
Portugal	1,6	2,5	1,6	1,9	2,4	5,3	2,6	2,1	1,8	6,6	6,4	6,2	6,0
Griechenland	1,3	2,3	2,2	2,1	2,0	4,2	3,0	2,4	1,9	11,1	10,1	9,0	8,5
Slowakei	0,7	1,4	2,0	2,6	2,8	11,0	3,2	3,2	2,1	5,9	5,4	5,2	5,0
Luxemburg	0,5	-1,1	0,7	2,0	1,9	2,9	2,2	2,3	1,9	5,2	6,0	5,9	5,5
Kroatien	0,4	3,3	3,7	3,0	2,9	8,4	3,9	3,4	2,2	6,1	5,0	4,6	4,4
Slowenien	0,4	2,4	1,1	1,9	1,8	7,2	2,0	4,8	3,0	3,7	4,0	4,5	4,0
Litauen	0,4	0,4	2,5	2,7	2,2	8,7	0,6	1,8	1,8	6,9	7,4	6,9	6,4
Lettland	0,2	1,2	-0,1	0,2	1,7	9,1	1,2	2,2	2,1	6,5	6,9	6,8	6,0
Estland	0,2	-3,1	-0,8	0,9	1,9	9,1	3,8	3,6	2,4	6,4	7,7	8,0	7,2
Zypern	0,2	2,6	3,6	2,0	1,9	3,9	2,1	2,1	2,0	5,8	5,1	4,9	4,6
Malta	0,1	7,0	5,7	3,8	3,6	5,6	2,5	2,1	1,9	3,5	3,1	2,8	2,6
Schweden	3,2	0,0	0,6	1,3	1,5	5,9	2,0	1,6	2,0	7,7	8,4	8,1	7,5
Polen	4,4	0,1	2,4	3,4	3,5	10,9	3,7	4,7	3,0	2,8	3,0	2,9	2,7
Dänemark	2,2	2,5	3,0	3,2	2,1	3,4	1,3	1,9	1,8	5,1	6,0	5,5	5,0
Tschechien	1,9	0,0	0,9	2,0	2,6	26,5	8,2	2,4	2,1	2,6	2,7	2,5	2,3
Rumänien	1,9	2,4	0,8	2,3	2,7	3,9	5,2	3,9	3,6	5,6	5,4	5,3	5,2
Ungarn	1,2	-0,8	0,6	2,1	3,4	-1,4	-0,1	3,7	3,2	4,1	4,4	4,3	4,2
Bulgarien	0,6	2,0	2,3	3,1	3,2	6,9	4,5	2,3	2,9	4,3	4,2	3,9	3,7
Europäische	400.0	0.0	0.0	4.0			0.0	0.0	0.0	0.6	0.0		
Union	100,0	0,6	0,9	1,2	1,4	6,1	2,6	2,6	2,3	6,0	6,0	5,8	5,7
Nachrichtlich:													
Europäische													
Union 11	87,4	0,5	0,8	1,0	1,1	5,3	2,3	2,2	2,1	6,6	6,5	6,4	6,2
Beitrittsländer	12,6	0,8	1,7	2,7	3,0	9,4	3,9	3,9	2,9	4,1	4,1	4,0	3,8
Euroraum	84,7	0,5	0,8	0,9	1,1	5,4	2,3	2,3	2,1	6,6	6,4	6,3	6,1
Euroraum ohne DE	60,5	0,8	1,1	1,2	1,3	5,2	2,3	2,3	2,2	7,8	7,5	7.2	6,9
Prozent, Gewicht: auf der												ıttoinlar	

Prozent. Gewicht: auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2023. — Bruttoinlandsprodukt: preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept, Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2023. — Beitrittsländer seit 2004. * Zahlen weichen von denen im Deutschland-Konjunkturbericht ab, in dem die Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt in der Regel nicht kalenderbereinigt, Verbraucherpreise gemäß VPI-Abgrenzung (statt HVPI) ausgewiesen werden und sich die Erwerbslosenquote auf die Erwerbspersonen gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen bezieht (statt auf die Erwerbspersonen gemäß Mikrozensus).

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die chinesische Wirtschaft kommt trotz expansiver Wirtschaftspolitik nicht in Schwung. Derzeit deuten die Indikatoren zwar darauf hin, dass die Konjunktur in China im Herbst an Fahrt gewonnen hat. So zogen Einzelhandelsumsätze und Autoverkäufe zuletzt an, was für eine Belebung des privaten Konsums spricht. Auch die Exporte legten im Oktober deutlich zu, eine Tendenz, die sich durch vorgezogene Aufträge im Vorfeld der erwarteten US-Zusatzzölle noch verstärken könnte. So rechnen wir für das laufende und das kommende Quartal mit recht kräftigen Zuwächsen der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Die Ausfuhr dürfte aber

im kommenden Jahr durch die verschärfte Handelspolitik vor allem in den Vereinigten Staaten, aber auch in Europa, spürbar gebremst werden, und die Expansion im Verarbeitenden Gewerbe, das derzeit der dynamischste Teil der chinesischen Wirtschaft ist, wird in der Folge wohl an Fahrt verlieren. Neben der außen-wirtschaftlichen Dämpfung lasten weiterhin die ungelöste Immobilienkrise und die Schuldenprobleme einzelner lokaler Regierungen auf der chinesischen Wirtschaft. Es ist fraglich, ob es der Regierung gelingen wird, durch die angekündigten geldund fiskalpolitischen Stimuli die Inlandsnachfrage so stark anzuregen, dass die dämpfenden



Faktoren ausgeglichen werden. Zu schlecht ist die Stimmung und zu groß die Unsicherheit unter Verbrauchern und Unternehmen. So erwarten wir im Verlauf des kommenden Jahres eine neuerliche Abschwächung der Konjunktur. Wir rechnen mit Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts von 4,4 Prozent im Jahr 2025 und 4,0 Prozent im Jahr 2026, nach einem Anstieg um 4,9 Prozent in diesem Jahr. Die Inflation bleibt bei dieser Entwicklung sehr niedrig

In den übrigen Schwellenländern bleibt die Dynamik insgesamt intakt. Im Jahr 2024 nahm die Produktion in den Schwellenländern insgesamt in moderatem Tempo zu, bei allerdings deutlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern und Regionen. Während im asiatischen Raum die Dynamik fast überall recht hoch war, legte die Produktion in Lateinamerika insgesamt nur mäßig zu. Allerdings haben sich die Unterschiede im Verlauf des Jahres verringert. Während in Lateinamerika die Konjunktur nach der Jahresmitte auch dort anzog, wo sie zuvor noch schwach war, etwa in Mexiko oder - besonders ausgeprägt – in Argentinien, nahm die hohe Dynamik in Indien spürbar ab. Dort sind die Aufholpotenziale nach dem tiefen Pandemie-Einbruch inzwischen wohl erschöpft und es mehren sich Kapazitätsengpässe, die sich zuletzt auch in steigenden Großhandelspreisen für verarbeitete Produkte zeigten. Auch auf der Verbraucherebene hat die Inflation vor allem aufgrund steigender Nahrungsmittelpreise spürbar angezogen, was den privaten Konsum dämpft. Somit dürfte die indische Wirtschaft in den kommenden beiden Jahren merklich langsamer expandieren als zuletzt (Tabelle 5). Unverändert hoch bleibt hingegen die Dynamik in den Schwellenländern Südostasiens, die von der unterstellten Handelspolitik der Vereinigten Staaten sogar profitieren könnten, wenn die hohen Zölle auf Einfuhren aus China dazu führen, dass Produktion in den übrigen asiatischen Raum verlagert wird. Deutlich gedämpft werden dürfte hingegen die wirtschaftliche Aktivität in Mexiko, falls das bisherige Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und Kanada durch Zölle und andere Handelsschranken konterkariert werden sollte - immerhin gehen 80 Prozent der Exporte des Landes in die Vereinigten Staaten. Insgesamt rechnen wir aber damit, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion in Lateinamerika deutlich aufwärtsgerichtet bleibt. Für Russland schließlich, wo die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten in zunehmendem Umfang zur Bedienung von Kriegsbedarf genutzt werden und an ihre Grenzen gestoßen scheinen, ist eine deutliche Verlangsamung des Produktionsanstiegs zu erwarten, bei gleichzeitig anhaltend hohem Inflationsdruck.

Die Risiken für die Prognose sind beträchtlich, aber ausgewogen. Besondere Risiken für die Prognose gehen derzeit von der Unsicherheit über die künftige US-Handelspolitik aus, zumal US-Präsident Trump handelspolitische Mittel auch zur Durchsetzung von Forderungen einsetzt, die auf völlig anderen Politikfeldern liegen wie gerade mit der Androhung von Zöllen in Höhe von 25 Prozent auf Einfuhren aus Kanada und Mexiko und zusätzlich 10 Prozent auf Einfuhren aus China, um stärkere Anstrengungen dieser Länder zur Eindämmung von Drogenhandel und irregulärer Migration zu erreichen.³ Bei unseren Annahmen bestehen Risiken zu beiden Seiten: Höhere Zölle und stärkere Gegenmaßnahmen der Handelspartner – mit entsprechend stärkeren negativen Auswirkungen auf Welthandel und Weltproduktion - sind ebenso möglich wie ein deutlich vorsichtigeres oder gezielteres Vorgehen der Vereinigten Staaten. Geopolitische Risiken sind nach wie vor beträchtlich, aber neben einer Zuspitzung schwelender Konflikte etwa zwischen China und Taiwan – besteht auch die Möglichkeit, dass akute Konflikte beruhigt werden und sich das weltpolitische Klima dadurch entspannt. Ein Abwärtsrisiko für die Konjunktur ist, dass die US-Inflation durch die Wirtschaftspolitik so weit angeheizt wird, dass die Fed nicht nur wie unterstellt den Zinssenkungspfad abflacht, sondern sogar ihre Zinsen wieder erhöht, um gegenzusteuern. Dies würde die finanziellen Rahmenbedingungen weltweit spürbar verschlechtern. Ein konjunkturelles Aufwärtsrisiko liegt hingegen darin, dass die privaten Haushalte angesichts wieder steigender Realeinkommen und nachlassender Inflation

mit Kanada und Mexiko auch die US-Wirtschaft empfindlichen Schaden nehmen würde.

³ Wir gehen davon aus, dass es gelingen wird, die Einführung dieser Zölle durch geeignete Zusagen zu verhindern, zumal angesichts der starken Verflechtung



insbesondere bei Energie und Nahrungsmitteln⁴ stärker an Zuversicht gewinnen, ihre Sparquote verringern, die in vielen Ländern noch deutlich höher ist als vor der Pandemie, und damit der Wirtschaft konsumseitig zusätzliche Impulse geben.

Tabelle 5:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern									
	Gewicht	В	Bruttoinlar	ndsproduk	ĸt	Verbraucherpreise			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Indonesien	5,6	5,0	5,0	4,9	5,3	3,7	2,5	2,6	2,7
Thailand	2,0	1,9	2,7	3,2	2,2	1,2	0,6	1,6	1,9
Malaysia	1,5	3,5	5,6	4,6	3,3	2,5	2,8	2,6	2,4
Philippinen	1,6	5,6	5,4	5,7	5,4	6,0	3,4	3,0	2,8
Insgesamt	10,7	4,3	4,7	4,7	4,4	3,4	2,3	2,5	2,5
-									
China	41,6	5,6	4,9	4,4	4,0	0,2	0,3	0,2	0,2
Indien	16,6	7,7	6,7	6,3	6,9	5,3	5,1	4,9	4,5
A = i = = i = = = = = = +	60.0		- 0	4.0	4.0	0.0	4.0	4.7	4.0
Asien insgesamt	68,9	5,9	5,3	4,9	4,8	2,0	1,8	1,7	1,6
Brasilien	5,2	3,2	3,1	2,8	2,4	4,6	4,3	3,9	3,7
Mexiko	4,1	3,3	1,6	1,8	0,9	5,5	4,8	3,9	3,7
Argentinien	1,6	-1,6	-3,8	3,1	3,0	133,0	219,0	38.0	19,0
Kolumbien	1,3	0,6	1,8	2,5	2,9	11,7	6,9	3,9	3,7
Chile	0,8	0,3	2,3	2,2	2,5	7,6	4,3	3,7	3,0
Peru	0,7	-0,4	2,9	2,8	2,8	6,3	2,4	1,9	2,4
1 Clu	0,7	0,4	2,5	2,0	2,0	0,5	۷,٦	1,5	۷,٦
Lateinamerika insgesamt	13,6	2,1	1,7	2,5	2,1	20,6	29,3	7,7	5,4
Laterianienka insgesami	10,0	۷, ۱	1,7	2,5	۷, ۱	20,0	25,5	,,,	5,4
Ägypten	2,3	3,8	3,4	4,5	4,5	8,5	24,4	30.0	25,0
Nigeria	1,7	2,7	2,5	3,0	3,5	18,8	24,7	30,0	28,0
Südafrika	1,3	0,6	0,5	0,8	1,2	6,9	4,5	3,4	3,0
Algerien	0,8	4,1	3,7	3,2	3,2	9,3	9,3	6,2	4,8
Äthiopien	0,5	7,5	6,5	6,5	6,5	33,9	30,2	25,0	18,0
·	·		·				·	·	·
Afrika Insgesamt	6,6	3,2	2,9	3,4	3,6	12,9	19,3	21,6	18,6
Russland	6,4	3,6	3,9	1,5	1,0	5,9	7,9	8,0	7,0
Türkei	4,6	4,5	3,4	3,5	5,0	53,9	58,0	35,0	25,0
Aufgeführte Länder	100,0	5,0	4,5	4,2	4.1	7.0	9,6	5.7	4,6
Aurgerunite Landel	100,0	5,0	4,5	4,2	4,1	7,8	9,0	5,7	4,0

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 nach Kaufkraftparitäten. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder.

Quelle: IMF, International Financial Statistics; OECD, Main Economic Indicators; nationale Statistiken; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

werden, das in Umfragen gemessene Verbrauchervertrauen signifikant beeinflussen (OECD, 2024: Box 1.1).

⁴ Empirische Ergebnisse zeigen, dass insbesondere Preisveränderungen bei diesen Güterkategorien, die im täglichen Erleben besonders stark wahrgenommen



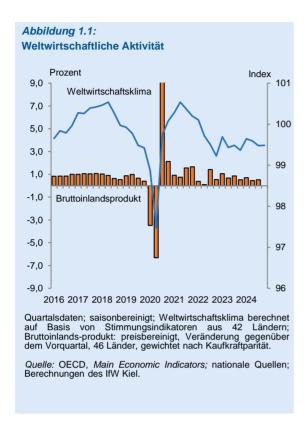
Datenanhang

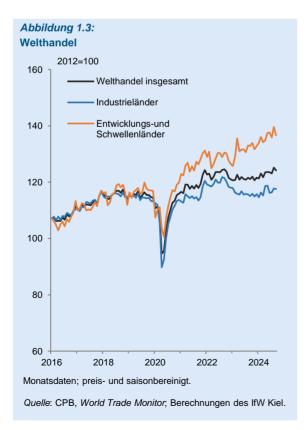
INHALT

Da	tenanhangtenanhang	15
1.	Weltkonjunktur	16
2.	Vereinigte Staaten	17
3.	Japan	18
4.	Euroraum	19
5.	Vereinigtes Königreich	20
6.	China	21
7.	Übrige Schwellenländer	22
Lit	eratur	23



1. Weltkonjunktur





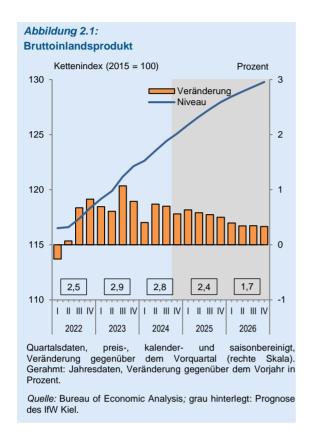




Millionen

160

2. Vereinigte Staaten



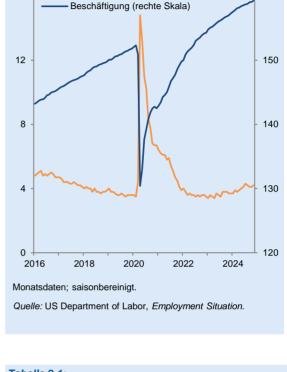


Abbildung 2.2:

Arbeitslosenguote

Arbeitsmarkt

16

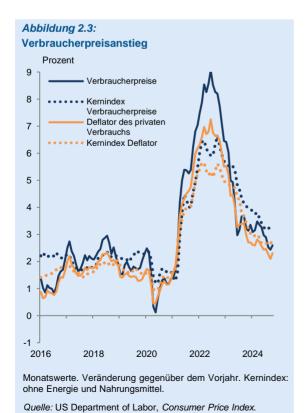


Tabelle 2.1: Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten

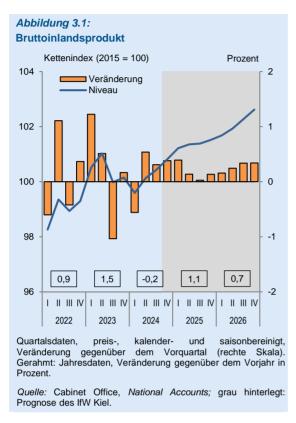
	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,8	2,4	1,7
Inländische Verwendung	2,3	3,1	2,6	1,7
Private Konsumausgaben	2,5	2,7	2,7	1,7
Staatsausgaben	3,9	3,3	1,7	1,5
Anlageinvestitionen	2,4	3,8	1,7	2,1
Ausrüstungen	3,5	4,0	3,2	2,0
Geistige Eigentumsrechte	5,8	4,0	2,1	2,1
Gewerbliche Bauten	10,8	3,2	-0,1	1,2
Wohnungsbau	-8,3	3,8	0,6	3,1
Vorratsveränderungen	-0,4	0,1	0,3	0,0
Außenbeitrag	0,6	-0,3	-0,2	0,0
Exporte	2,8	3,1	2,4	2,0
Importe	-1,2	5,5	3,5	2,0
Verbraucherpreise	4,1	2,9	2,2	2,3
Arbeitslosenquote	3,6	4,0	4,2	4,1
Leistungsbilanzsaldo	-2,9	-3,5	-3,5	-3,5
Budgetsaldo (Bund)	-6.4	-6.5	-6.6	-6.6

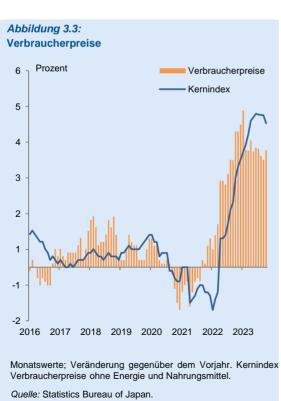
Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: in Prozent der Erwerbspersonen. Leistungsbilanzsaldo, Budgetsaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Budgetsaldo: Fiskaljahr.

Quelle: US Department of Commerce, National Economic Accounts; US Department of Labor, Employment Situation and Consumer Price Index; US Department of the Treasury, Monthly Treasury Statement; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.



3. Japan





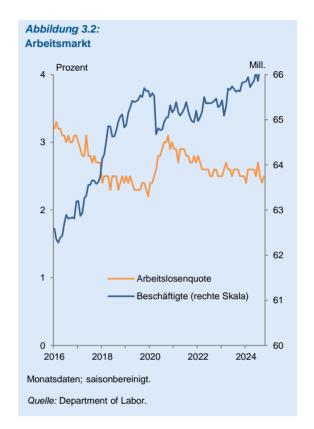


Tabelle 3.1: Eckdaten zur Konjunktur in Japan

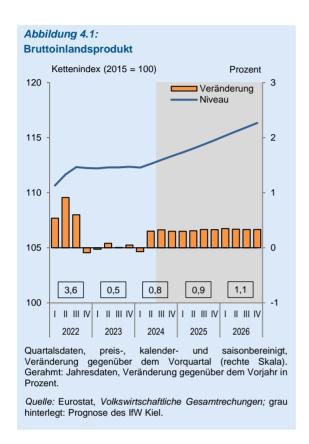
	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt	1,5	-0,2	1,1	0,7
Inländische Verwendung	0,6	0,1	1,3	0,8
Private Konsumausgaben	0,8	-0,2	1,3	0,7
Konsumausgaben des Staates	-0,3	1,0	1,3	1,2
Anlageinvestitionen	-0,3	2,0	1,2	0,5
Unternehmensinvestitio- nen	1,3	1,3	1,7	1,5
Wohnungsbau	1,5	-2,7	-0,9	0,0
Öffentliche Investitionen	1,8	-0,9	1,1	-2,5
Lagerinvestitionen	-0,3	0,0	0,0	0,0
Außenbeitrag	0,6	-0,3	-0,2	-0,1
Exporte	3,0	0,7	2,5	0,9
Importe	-1,5	2,1	3,3	1,1
Verbraucherpreise	3,3	2,2	2,3	1,4
Arbeitslosenquote	2,6	2,5	2,4	2,4
Leistungsbilanzsaldo	3,6	3,5	4,0	4,0
Gesamtstaatlicher Finanzie- rungssaldo	-4,2	-3,9	-3,5	-3,0

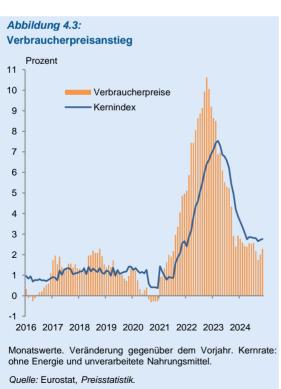
Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Finanzierungssaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Cabinet Office, National Accounts; OECD, Main Economic Indicators; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.



4. Euroraum





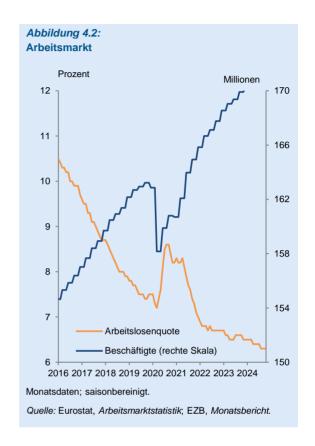


Tabelle 4.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Euroraum

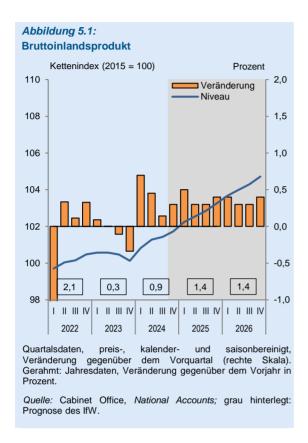
	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,8	0,9	1,1
Inländische Verwendung	0,3	0,3	1,4	1,2
Private Konsumausgaben	1,6	2,2	1,0	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,9	0,8	0,7
Anlageinvestitionen	1,8	-2,1	1,7	2,1
Vorratsveränderungen	-0,8	-0,2	0,3	0,1
Außenbeitrag	0,3	0,5	-0,3	0,0
Exporte	-0,5	1,0	1,2	2,1
Importe	-1,2	0,1	2,1	2,3
Verbraucherpreise	5,4	2,3	2,3	2,1
Arbeitslosenquote	6,6	6,4	6,1	5,8
Leistungsbilanzsaldo	1,0	3,9	3,6	3,6
Budgetsaldo	-3,6	-3,1	-3,0	-2,9

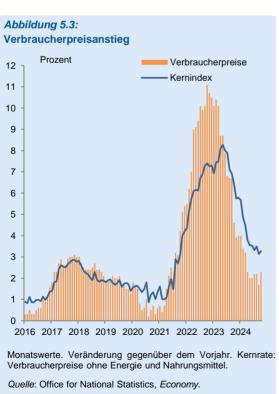
Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

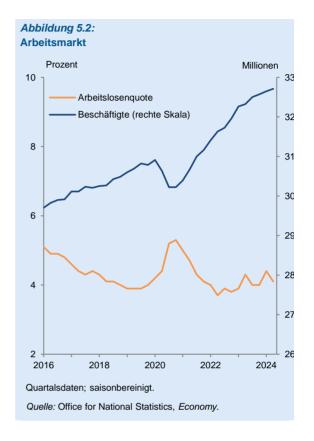
Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.



5. Vereinigtes Königreich







Eckdaten zur Konjunktur im Vereinigten Königreich 2023 2024 2025 2026 Bruttoinlandsprodukt 0.3 0.9 1.4 1.4 Inländische Verwendung -0,1 2,2 1,5 1,6 Private Konsumausgaben 0,7 0,7 1,2 1,6 Konsumausgaben des Staates 0.6 2,2 2.0 2.0 Anlageinvestitionen -0,1 2,2 2,5 Vorratsveränderungen 0,0 -0,6 Außenbeitrag 0.5 -0.1-0.3Exporte -2.2-0.81.2 Importe -3,42,3 1,5 2,0 Verbraucherpreise 9,1 2,6 2,2 2,0 4,0 Arbeitslosenquote 3.7 4.1 3.9 Leistungsbilanzsaldo -3,1 -3,0 -2,5 -2,5 Budgetsaldo -5,7 -5,5

Tabelle 5.1:

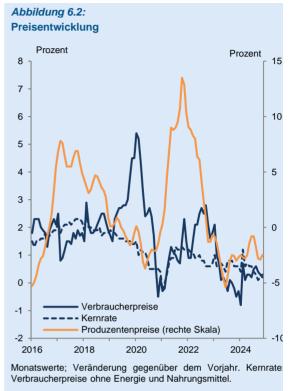
Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Arbeitslosenquote: in Relation zu den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: UK Office for National Statistics, *Economy*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

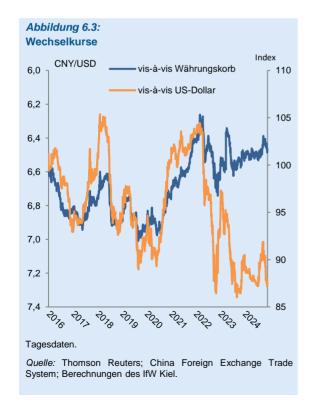


6. China





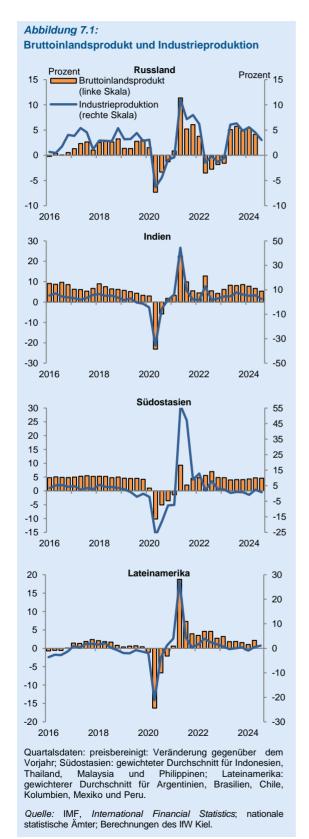
Quelle: National Bureau of Statistics.



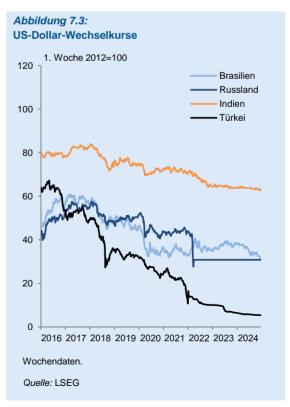




7. Übrige Schwellenländer







KIELER KONJUNKTURBERICHTE NR. 119 (2024 | Q4)



Literatur

Felbermayr, G., Hinz, J. und Langhammer, R.J. (2024). <u>US Trade Policy After 2024: What Is at Stake for Europe?</u> Kiel Policy Brief 178.

Gern, K.-J., Kooths, S., Reents, J. und Sonnenberg, N. (2024). Weltwirtschaft im Herbst 2024: Weiterhin wenig Schwung. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 116.

IMF (2024). Fiscal Monitor. October

OECD (2024). Economic Outlook. December.